

Dringliche Fragen zur Kinderarmut von Dr. Dagmar Enkelmann und der Fraktion DIE LINKE in der Fragestunde des Bundestages (Auszug aus dem Plenarprotokoll 16/162, 28.05.2008)

Die dringliche Frage 2 hat Dagmar Enkelmann gestellt: Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der am Montag vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend veröffentlichten Untersuchung des Prognos-Instituts, wonach jedes sechste Kind in Deutschland in Armut lebt? Ich bitte Herrn Staatssekretär Kues, die Frage zu beantworten.

Dr. Hermann Kues, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:
Die Antwort lautet folgendermaßen: Die Bundesregierung misst der Bekämpfung und Vermeidung von Armutsrisiken von Familien und Kindern unverändert eine überaus hohe Priorität bei. Das Kompetenzzentrum für familienbezogene Leistungen im BMFSFJ, für das die in der Frage angesprochene Untersuchung erstellt wurde, hat in seinem am 28. April 2008 veröffentlichten Arbeitsbericht eine Reihe von Empfehlungen ausgesprochen, mit welchen Maßnahmen die wirtschaftliche Stabilität von Familien im Lebensverlauf gesichert und Armutsrisiken von Familien und Kindern vermieden werden können. Des Weiteren wird der 3. Armuts- und Reichtumsbericht ausführlich Auskunft darüber geben, mit welchen Maßnahmen die Bundesregierung Einkommensarmut allgemein und gezielt bei Familien und Kindern bekämpft. Frau Bundesministerin von der Leyen hat deutlich gemacht, dass sie insbesondere im Ausbau der Kindertagesbetreuung, in der Weiterentwicklung des Kinderzuschlags sowie in einer stärker nach der Zahl der Kinder gestaffelten Erhöhung des Kindergeldes wirksame familienpolitische Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut bzw. von Armutsrisiken der Familien sieht.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Frau Enkelmann, bitte.

Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE):

Das war aber eine kurze Antwort. Meine erste Nachfrage, Herr Staatssekretär, lautet: Wie erklärt sich die Bundesregierung die unterschiedlichen Angaben zum Ausmaß von Kinderarmut? Im Bericht von UNICEF und in der Prognos-Studie wird davon gesprochen, dass jedes sechste Kind betroffen ist, im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung steht aber, jedes achte Kind sei von Armut betroffen.

Dr. Hermann Kues, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:
Wie ich eben schon angedeutet habe, gibt es bislang keinen Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, sondern es gibt einen Entwurf,

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Der ist aber öffentlich!)

der zwischen den Ressorts abgestimmt wird. Wenn das erfolgt ist, werden die Zahlen abgeglichen. Es gibt teilweise unterschiedliche Zahlen – das kann ich jetzt schon sagen –, weil unterschiedliche Erhebungen vorgenommen worden sind. Die Bundesregierung wird aber insgesamt das Datenmaterial zwischen den Ressorts abstimmen und dann konkrete Vorschläge machen.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:
Weitere Nachfrage?

Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE):

Ich möchte in meiner zweiten Nachfrage zu den Maßnahmen kommen, weil, wie ich denke, darüber zu reden ist. Beide Untersuchungen, sowohl der Armuts- und Reichtumsbericht als auch die UNICEF-Studie, machen deutlich, dass bestimmte Personengruppen besonders betroffen sind, also Kinder mit Migrationshintergrund, Kinder von Alleinerziehenden und auch Kinder von Hartz-IV-Empfängern. Kinder aus diesen Familien sind in besonderem Maße von Armut betroffen. Welche Maßnahmen hat die Regierung wenigstens angedacht – ganz vorsichtig ausgedrückt –, was schwebt Ihnen vor, und was müsste gemacht werden?

Dr. Hermann Kues, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Zunächst einmal muss man sagen, dass der Bericht in einer Umwälzungsphase der Bundesrepublik entstanden ist. Wir hatten bis zum Jahr 2005 einen sehr starken Anstieg der Arbeitslosenzahl. Seit zwei Jahren haben wir dort eine erhebliche Veränderung, um das ausdrücklich einmal zu sagen. Dennoch bleiben die Armutsrisiken gleich. Wir sind in der Tat der Auffassung, dass – Sie haben das angesprochen – beispielsweise Kinder von Alleinerziehenden, Kinder von Kinderreichen und Kinder mit Migrationshintergrund in besonderer Weise betroffen sind. Es gibt überall Lösungsansätze, und es sind teilweise schon Maßnahmen auf den Weg gebracht worden, etwa im Hinblick auf Alleinerziehende. Wir werden wesentlich mehr für Kinderbetreuung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf tun müssen – wir sind schon dabei –, damit Alleinerziehende die Chance haben, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Sie müssen eine faire Chance bekommen, um selbst für sich verantwortlich sein zu können. Für kinderreiche Familien haben wir unter anderem den Kinderzuschlag auf den Weg gebracht. Man kann sich überlegen, ob man den weiter ausbaut.

Das sind erste Schritte. Die Maßnahme gibt es schon länger, aber wir haben sie weiter entwickelt. Jetzt muss man die Wirkung abwarten. Was die Migranten betrifft, so dient alles, was wir zum Thema Integration überlegt haben, dazu, dass Migranten eine faire Möglichkeit bekommen, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Alles, was in Sachen Sprachförderung auf den Weg gebracht worden ist, sind letztlich vorbeugende Maßnahmen gegen die spätere Armut von Familien, von Eltern und Kindern. Der Kerngedanke ist: Kinder sind nicht von vornherein arm, sondern die Eltern verdienen zu wenig, haben also ein zu geringes Einkommen, um ihre Familie tatsächlich zu ernähren.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:
Kollegin Enkelmann hat eine dritte Nachfrage.

Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE):

Frau Ministerin Schmidt hat eben in der Befragung der Bundesregierung gesagt, dass die Bundesregierung erst den Existenzminimumsbericht abwarten will, um zu prüfen, ob der Regelsatz für Kinder aus Hartz-IV-Familien angepasst wird. Halten Sie die Zahlen, die gegenwärtig auf dem Tisch liegen, nicht für ausreichend, um zu sagen: „Es muss jetzt schnellstens gehandelt werden; wir können nicht den nächsten Bericht abwarten“?

Dr. Hermann Kues, Parl. Staatssekretär bei der

Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Nein. Ich glaube nicht, dass das zielgerichtet wäre. Uns liegen Zahlen vor, wonach die Zahl der unter 15-jährigen Kinder in Hartz-IV-Familien rückläufig ist. Das heißt: Wenn man sich Gedanken über Lösungsansätze macht, dann muss man sich gezielt anschauen, wo die Probleme sind und was die eigentlichen Ursachen sind, Stichwort – es ist eben gefallen – „Alleinerziehende“. In Paarfamilien sieht es ungleich besser aus, wie wir wissen. Dort, wo es einen Migrationshintergrund gibt, und bei Kinderreichen muss tatsächlich etwas getan werden.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Kollegin Zimmermann, bitte.

Sabine Zimmermann (DIE LINKE):

Danke schön. – Ich habe eine Nachfrage. Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen der Kinderarmut und der Chancenungleichheit von Kindern in unserer Gesellschaft, in unserem Land?

Dr. Hermann Kues, Parl. Staatssekretär bei der

Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Ja. Ich glaube, dass es diesen Zusammenhang gibt. Auch deswegen sagen wir sehr bewusst, dass wir alles dafür tun müssen – im Bereich der frühkindlichen Bildung ist in den letzten Jahren zwar einiges, aber längst noch nicht genug passiert; sie muss viel stärker gefördert werden –, dass jedes Kind spätestens zum Zeitpunkt der Einschulung eine faire Chance erhält. In der Tat gibt es insofern einen Zusammenhang: Wenn zu Beginn des Lebens Chancenungleichheit besteht, dann ist die Gefahr größer, dass man später einem Armutsrisiko ausgesetzt ist.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Kollegin Höll hat sich zu einer Nachfrage zu Wort gemeldet.

Dr. Barbara Höll (DIE LINKE):

Herr Staatssekretär, wie schon erwähnt wurde, geht aus dem Bericht eindeutig hervor, dass es bei Familien mit mehreren Kindern ein besonderes Armutsrisiko gibt. Warum wurde nicht bereits in den vergangenen Jahren das Kindergeld ab dem dritten oder vierten Kind erhöht?

Dr. Hermann Kues, Parl. Staatssekretär bei der

Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Sie wissen, dass wir uns verständigt haben, den neuen Existenzminimumsbericht abzuwarten. Dieser Bericht wird präzise Zahlen beinhalten. Darauf wird man reagieren müssen. Das hat Konsequenzen für das steuerliche Existenzminimum. Das ist das eine. Konsequenzen wird es aber auch für alle sozialhilferechtlichen Regelungen geben. Außerdem wird die Frage zu beantworten sein, wie mit denen umgegangen werden soll, die weder vom Steuerfreibetrag profitieren noch zu den Hartz-IV-Empfängern gehören. Es sei hinzugefügt: Das, was ein Kind in einem Hartz-IV-Haushalt bekommt, ist ungleich mehr – ungefähr ein Drittel – als das, was ein Kind, das knapp oberhalb der von uns definierten Armutsgrenze lebt, vom Staat zur Verfügung gestellt bekommt.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Kollegin Reinke stellt die letzte Nachfrage hierzu.

Elke Reinke (DIE LINKE):

Sie sagten, der Kinderzuschlag solle weiterentwickelt werden. Ich frage noch einmal, weil ich bisher noch keine schlüssige Antwort bekommen habe. Der Kinderzuschlag sollte ausgeweitet werden, und das sollte 500 000 Kinder betreffen. Sie haben für eine Senkung auf insgesamt 250 000 Kinder gesorgt. Jetzt frage ich mich: Wie kommt man dazu, die Zahl der Berechtigten zu senken, wenn man es weiterentwickeln will? Das kann ich jetzt nicht nachvollziehen.

Dr. Hermann Kues, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:
Diese Frage habe ich jetzt nicht verstanden.

(Elke Reinke [DIE LINKE]: Dann versuche ich es noch einmal!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Kurz und präzise!

Elke Reinke (DIE LINKE):

Genau! – Der Kinderzuschlag soll – das haben Sie vorhin erwähnt – weiterentwickelt werden. Es wurde auch schon behauptet: Er ist weiterentwickelt worden. Es wurde eine Zahl genannt: 500 000 Kinder sollten von dem Kinderzuschlag profitieren. Dann wurde die Zahl auf 250 000 gesenkt. Nun frage ich mich, worin die Weiterentwicklung für die Anspruchsberechtigten liegt.

Dr. Hermann Kues, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:
Ausgangspunkt ist der alte Kinderzuschlag gewesen, damit werden zurzeit rund 100 000 Kinder erreicht, nämlich mit einer einheitlichen Einkommensgrenze für Alleinerziehende von 600 Euro und für Paare von 900 Euro. Außerdem haben wir die Berücksichtigung von Zuverdiensten verändert. Statt 70 Prozent werden nur noch 50 Prozent pro Euro entzogen. Die Zahl 500 000 zusätzliche Kinder ist einmal genannt worden im Zusammenhang mit der Umsetzung aller möglichen Elemente einer Reform. Wir gehen davon aus, dass wir mit den jetzt geplanten Reformschritten zunächst insgesamt nur 240 000 Kinder erreichen werden.
Wie viele es tatsächlich sein werden, muss die Entwicklung nicht zuletzt am Arbeitsmarkt zeigen. Dann wird man Bilanz zu ziehen haben.
Die Ministerin ist der Auffassung – das habe ich schon gesagt –, dass man dann auch sehen muss, ob man den Kinderzuschlag nochmals weiterentwickelt, gerade wenn man etwas für die Familien tun will, die durch Kinderreichtum gekennzeichnet sind.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Danke schön. Wir kommen damit zur nächsten dringlichen Frage, nämlich der dringlichen Frage 3 der Kollegin Höll:

Wie bewertet die Bundesregierung die Ergebnisse und politischen Handlungsempfehlungen des am Montag, dem 26. Mai 2008, vorgestellten UNICEF-Berichts zur Lage der Kinder in Deutschland im Vergleich zu den Ergebnissen und Schlussfolgerungen aus dem Entwurf des 3. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung vom 19. Mai 2008?

Herr Parlamentarischer Staatssekretär.

Dr. Hermann Kues, Parl. Staatssekretär bei der

Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Ich will auf die Frage der Abgeordneten Höll gern eingehen. Einiges habe ich bei der Beantwortung der Zusatzfragen schon aufgegriffen. Die Bekämpfung und Vermeidung von Armutsrisiken ist für uns von ganz großer Wichtigkeit. Der UNICEF-Bericht gibt keine politischen Handlungsempfehlungen, sondern enthält eine differenzierte und den unterschiedlichen Lebenslagen von Kindern angemessene Betrachtung der Situation von Kindern in Deutschland. Vor allen Dingen wird deutlich gemacht, dass Armut mehrdimensional zu sehen ist. Diese Betrachtungsweise wird, wie ich eben schon gesagt habe, auch im 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung geteilt.

Zu den politischen Schlussfolgerungen aus dem vorgelegten Armuts- und Reichtumsbericht wird sich die Bundesregierung erst dann äußern, wenn das Abstimmungs- und Beratungsverfahren abgeschlossen ist.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Bitte schön, Kollegin Höll.

Dr. Barbara Höll (DIE LINKE):

Danke. – Herr Staatssekretär, Sie haben zu Recht darauf verwiesen, dass das Problem der Armut mehrdimensional ist. Es hat aber auf alle Fälle – das ist ganz wichtig – einen finanziellen Aspekt. Deshalb möchte ich darauf zurückkommen. Ihnen ist wie mir bekannt, dass das Kindergeld auf der Grundlage des steuerfrei zu stellenden Existenzminimums von Kindern berechnet wird. Bei all den Eltern, die über kein Einkommen oder ein nur sehr geringes Einkommen verfügen, kann nichts steuerfrei gestellt werden. Das ist die einzige Gruppe, die eine tatsächliche Sozialleistung bekommt. Allerdings liegt die Sozialleistung, also das Kindergeld, unter dem, was man zur Abdeckung des Existenzminimums von Kindern braucht. Ich möchte Sie vor diesem Hintergrund fragen, warum Sie in der bisherigen Diskussion das Kindergeld oftmals als eine familienpolitische Maßnahme, zudem als die teuerste, bezeichnen. Auf einen Großteil des Kindergeldes haben die Eltern einen Rechtsanspruch. Das steht ihnen zu, ob das nun jedem von uns passt oder nicht; das steht nicht zur Disposition. In dem Sinne, denke ich, darf man das nicht als familienpolitische Maßnahme bezeichnen und nicht zu der Schlussfolgerung kommen, dass irgendjemand das Recht hätte, das Kindergeld in seiner Höhe zu begrenzen. Wir wissen seit dem letzten Bericht zum Existenzminimum, dass wir mit einer sehr knappen Berechnung dessen, was das Existenzminimum ausmacht, schon an der Grenze des Zulässigen sind.

Dr. Hermann Kues, Parl. Staatssekretär bei der

Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Ich teile diese Auffassung nicht. Das steuerliche Existenzminimum ist das eine. Der Staat hat keinen Anspruch darauf, auf diese Summe Steuern zu erheben. Der Gedanke steckt dahinter. Das andere ist, dass im Zusammenhang mit Sozialhilfe – ich sage es einmal allgemein – aufgrund der Einkommens- und Verbrauchsstatistik eine Kinderkomponente festgelegt wird. Dann gibt es die Gruppe derer, für die das Kindergeld in besonderer Weise relevant ist. Das sind diejenigen, die vom Steuerfreibetrag nicht profitieren, aber auch nicht zur Gruppe

der Hartz-IV-Empfänger zählen. Das sind in der Regel Geringverdiener, die sich, wenn Sie so wollen, oberhalb der von uns so definierten Armut befinden. Das sind diejenigen, die vom Kindergeld tatsächlich profitieren. Von daher ist vielleicht erklärbar, dass die Ministerin gesagt hat: Darum müssen wir uns in besonderer Weise kümmern, wenn der Bericht zum Existenzminimum vorliegt. – Es gibt also drei Gruppen, die man auseinanderhalten muss. Wenn Sie von bedürftigen Kindern sprechen und das automatisch mit der Situation von Hartz-IV-Empfängern verbinden, haben Sie die Gruppe der Geringverdiener nicht im Blick. Von daher glaube ich schon, dass man darüber reden muss. Das ist auch eine der Überlegungen, die die Ministerin angestellt hat.

Dr. Barbara Höll (DIE LINKE):

Herr Staatssekretär, meine zweite Nachfrage. Genau vor dem Hintergrund, den wir beide jetzt versucht haben zu erörtern, stellt sich die Frage, warum die Regierung einerseits einen Teil der finanziellen Leistungen, die über das Kindergeld erbracht werden, zur Disposition stellt, um die Infrastruktur für Kinder auszubauen – das bedeutet, dass Familien mit Kindern ihre eigene Infrastruktur finanzieren müssen, obwohl viele Familien auf 5 oder 10 Euro mehr pro Monat und pro Kind angewiesen sind –, und andererseits nicht offensiv den Spielraum zur Erhöhung des Sozialleistungsanteils genau für die Gruppen, die Sie beschrieben haben – sprich: Kinder, deren Eltern von Hartz IV leben bzw. ein geringes Einkommen haben und für die das Kindergeld eine Sozialleistung darstellt –, ausnutzt, um so den konkreten Bedürfnissen von Kindern Rechnung zu tragen. Das könnte durch Erhöhung des Kinderzuschlages oder konsequenterweise auch durch eine Aufstockung der entsprechenden Hartz-IV-Beträge geschehen.

Dr. Hermann Kues, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Ich bin mir nicht sicher, ob ich mich hinreichend klar ausgedrückt habe bzw. ob es richtig angekommen ist. Ich habe ausdrücklich gesagt: Im Rahmen von Hartz IV leistet der Staat ohnehin einen höheren finanziellen Beitrag für Kinder

(Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Ja, aber der ist zu niedrig!)

als bei denjenigen, die nicht vom Freibetrag profitieren, also nur das Kindergeld bekommen. Das ist ohnehin jetzt schon so. Wenn Sie also nach bedürftigen Kindern fragen und diese mit Kindern von Hartz-IV-Empfängern gleichsetzen, reden Sie nicht über die Kinder von Geringverdienern.

Die Ministerin sagt ja, dass wir, wenn die Daten vorliegen – so sieht ja der abgesprochene Fahrplan aus –, uns sehr genau überlegen müssen, wo wir einen Akzent setzen. Sie hat ja ausdrücklich gesagt, dass sie gerne eine Staffelung nach Kinderzahl möchte. Diesen Vorschlag wird sie dann wahrscheinlich einbringen. Wenn es so weit ist – der Fahrplan sieht jetzt aber erst einmal die Abgabe des Existenzminimumberichts vor –, werden die Konsequenzen daraus gezogen. So lange wird man warten müssen.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Nachfragegelegenheit für Kollegin Zimmermann.

Sabine Zimmermann (DIE LINKE):

Danke schön. – Was, glauben Sie, ist der Grund dafür, dass die Kinderarmut in Deutschland so drastisch zugenommen hat? Welche Politik ist dafür verantwortlich? Was haben Sie falsch gemacht?

Dr. Hermann Kues, Parl. Staatssekretär bei der

Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Das ist für mich keine Glaubensfrage, sondern es gibt ja nun hinreichende Analysen, die sich mit den Ursachen von Kinderarmut beschäftigen. Ich habe diese eben auch schon beschrieben. Eine Ursache dafür ist das Auseinanderbrechen von Beziehungen, wenn sich zum Beispiel Eheleute trennen und dann ein Partner zum Alleinerziehenden wird. Hier entstehen Armutsrisiken. Daraus ergeben sich große Probleme im Hinblick auf die Versorgung von Kindern.

Der zweite ganz wichtige Grund war die bisher unzureichende Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit. Wir haben ja ein riesiges Programm auf den Weg gebracht, von dem alle Länder und Kommunen profitieren.

Ausdrücklich sage ich auch, dass ein weiterer Kern des Problems die über viele Jahre gestiegene Zahl der Arbeitslosen war. Seit 2005 haben wir immerhin 1,6 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Wenn Menschen in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, bedeutet das im Grunde immer auch, dass damit Familien ein Stück weit aus der Armut herauskommen.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Kollegin Enkelmann, bitte.

Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE):

Herr Staatssekretär, Sie haben gesagt, dass die Bundesregierung Schlussfolgerungen aus den erschreckenden Zahlen zur Kinderarmut ziehen will, sobald die Abstimmung in der Bundesregierung erfolgt ist. Blickt man auf den Zustand der Bundesregierung, stellt sich für mich die Frage: Passiert das noch vor der nächsten Bundestagswahl?

Dr. Hermann Kues, Parl. Staatssekretär bei der

Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Ich glaube, da brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen. Aus vielen der Ursachen, die ich eben beschrieben habe, haben wir bereits Konsequenzen gezogen, völlig unabhängig vom Armuts- und Reichtumsbericht. Ich nenne noch einmal das Kernthema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“: Da ist in den letzten Jahren so viel passiert wie seit Jahrzehnten nicht. Das wird ja allgemein anerkannt, egal wo Sie hingehen. Das wird im Prinzip auch von Ihren Parteikollegen anerkannt. Zum einen lässt sich also sagen: Es ist schon eine ganze Menge auf den Weg gebracht worden. Auf die anderen Fragen antworte ich: Der Zeitplan ist präzise abgestimmt. Ich habe überhaupt keinen Zweifel, dass er entsprechend abgearbeitet wird.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Da bin ich aber mal gespannt!)